

Katalonien – Selbstorganisation, Unabhängigkeitsbewegung, linke Kommunalpolitik

Eine Bildungsreise der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

Ein Bericht von Nuria Cafaro

Katalonien war in den letzten Jahren Schauplatz eines heftigen Konflikts. Zehn Jahre lang demonstrierten jährlich eine Million Menschen für die Unabhängigkeit der Region, Parteien links der spanischen Sozialdemokratie kamen auf 40% der Stimmen, und im Oktober 2017 beteiligten sich 2,4 Millionen Menschen an einem Referendum, das die spanische Polizei mit großer Gewalt niederschlug. Durch die Verhaftung zahlreicher katalanischer Politiker:innen und die Corona-Krise ist der Katalonien-Konflikt wieder in den Hintergrund gerückt. Doch immer noch gibt es in Katalonien zahlreiche Ansätze für Selbstorganisation und linke Politik.

Um verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Aufbruchs kennenzulernen, reisten vom 26. September 2022 bis zum 1. Oktober 2022 23 Personen, organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, nach Katalonien. Sie besuchten soziale Zentren und linksregierte Gemeinden, trafen eine alternative Stadtregierung und befragten Anhänger:innen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung zu ihrer Politik. Programm, Reiseleitung und Übersetzung lagen in den Händen des Politikwissenschaftlers Raul Zelik, der in Kooperation mit den Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung regelmäßig Reisen nach Katalonien und ins Baskenland realisiert („Reisend Lernen“).

Wir wohnen in dieser Woche in Vilanova i la Geltrú, einem 67.000 Einwohner:innen-Küstenort circa 45 Kilometer südlich von Barcelona. Die Stadt – und nicht etwa Barcelona – wählen wir als Ausgangspunkt unserer Reise, weil sich in katalanischen Kleinstädten mehr soziokulturelle Initiativen finden lassen und sich gerade in diesen Orten zeigt, dass linke und Nachbarschaftszentren hier auch in der Breite eine wichtige Funktion haben. Raul erklärt uns, dass der Konflikt um die Unabhängigkeitsbewegung allein mit Blick auf Barcelona, Stadt, die eine typische europäische Großstadt ist, nicht zu verstehen sei. Hierfür sei vielmehr ein Blick in die Kleinstädte und Dörfer nötig.

In dieser Woche werden wir uns unseren Fragen nicht aus der Perspektive der linken Stadtregierung Barcelonas, deren Antritt kein elementarer Bruch mit den Verhältnissen, aber dennoch etwas wert war, nähern, sondern aus der Perspektive der Initiativen, welche die soziale und Unabhängigkeitsbewegung tragen.



Stadthaus von Vilanova, rechts ist ein lila Banner zu sehen, das für Feminismus agitiert.

Tag 1, Vormittag, Vilanova, Einführung in die Geschichte Kataloniens¹

Nachdem wir am Abend zuvor schon mit den meisten Teilnehmer:innen in einem nahe gelegenen Restaurant zusammengekommen waren, begann der offizielle Teil der Reise am Montagmorgen in einem Seminarraum des Hotels. Gleich nach einer Vorstellungsrunde legte Raul Zelik mit einem Referat über die Geschichte und die aktuelle politische Situation in Katalonien eine Basis für die anstehenden Tage. Dabei betonte er die Relevanz des bis weit in das 20. Jahrhundert hinein mächtigen, ausbeuterischen Adels und des Machtbewusstseins der spanischen Eliten, die sich lange auch durch massive Waffengewalt in ihrer Position hielten. Wie prägend Gewalt und Repression für die Geschichte Spaniens und Kataloniens lange waren und teils bis heute sind, macht Raul in seinen Ausführungen immer wieder deutlich.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Spanien kein einflussreiches Kolonialreich mehr (wenngleich Ceuta und Melilla bis heute besetzt bleiben und die Westsahara und Äquatorialguinea es bis 1975 blieben), den Monarch:innen mangelte es an Legitimation, feudale Eliten blieben auch angesichts einer rückständigen Ökonomie mächtig, katalanische Sprachgemeinschaften wurden wie andere vom spanischen Staat aggressiv zurückgedrängt. Ökonomischer Elite und Monarchie stand eine sich radikalisierte Arbeiter:innenbewegung gegenüber. Der Anarchosyndikalismus war eine Massenbewegung, der mit harter Repression und Gewalt begegnet wurde.²

Der Franquismus stützte sich auf rechten Katholizismus, die noch immer ländlich – und nicht industriell – geprägten Eliten, den spanischen Nationalismus und den Falangismus als spanische Variante des Faschismus. Teil der bis zu Francos Tod 1975 andauernden Gewaltherrschaft, die in den 1940er- und 50er-Jahren besonders dunkel war, war auch der umfassende Einsatz von Folter gegenüber politischen Feinden des Regimes, der bis heute ungesühnt bleibt. Selbst nach dem Ende der Diktatur wurden die Folterer vor der Anklage massiv geschützt. Auch europäische Staaten könnten die Folter als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagen. Sie tun es aber nicht.

Die gewerkschaftliche Auseinandersetzung, so betont Raul, war in Spanien mitunter auch aufgrund dieser gewaltreichen Vergangenheit weniger sozialpartnerschaftlich geprägt als in der Bundesrepublik. Allerdings ist die organisatorische Erschließung der Gewerkschaften viel geringer als in der BRD.

Weitere wichtige Punkte, um die politische Situation Spaniens nachvollziehen zu können, sind das Legitimationsproblem der neuen Demokratie nach dem Tod des Diktators und die undemokratischen Kontinuitäten, die während und mit der Transición beibehalten wurden. Der auch nach Francos Tod weiterhin im Amt stehende König war beispielsweise vom Diktator selbst aufgebaut worden, dennoch stimmten in einem Referendum 1978 88,5 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 67%) für die Verfassung, die die Beibehaltung der Monarchie und die nationale Einheit bekräftigte. Heftige Nationalitätenkonflikte in Katalonien und im Baskenland folgten und hielten lange an. Noch in den 1980er-Jahren genossen baskische Linke in Frankreich politisches Asyl.

Raul skizziert zwei große Bewegungswellen seit 2005, die soziale Proteste und das Streben nach der katalanischen Unabhängigkeit zum Gegenstand hatten. Er wagt hierzu – trotz gegenteiliger Einschätzungen vieler Aktivist:innen der katalanischen Linken – die Einschätzung, dass beide Bewegungen stark miteinander zusammenhängen.

¹ Der Reisebericht baut auf Mitschriften und sicher teils auch subjektiven Eindrücken auf und greift insbesondere für die Berichte aus Barcelona Sants (Tag vier, Vormittag) auch auf den Text unserer Mitreisenden Uli und Hans zurück: <https://blog.sumaro.net/katalonien-herbst-2022>.

² Siehe weiter: Zelik, Raul, Eine politische Geschichte der Gegenwart, Berlin 2018.

Wir besprechen Podemos als linkes Projekt mit internationaler Ausstrahlung, das innerhalb weniger Monate mit 30 % stärkste Partei in den Umfragen wurde. Angetreten war das Projekt mit dem Kalkül, während der Regierung von Syriza eine zweite Linksregierung in Europa zu etablieren. Während Podemos bei den Parlamentswahlen 2015 immerhin noch 20% der Stimmen erhielt, liegt die Partei heute nur noch bei 9%.

Der nächste politische Zyklus habe von 2011 bis 2014 gewirkt und mit einer Krise und der Kürzung von Sozialleistungen begonnen. In dieser Zeit gewannen regionale Verfügungsgewalten an Relevanz: Beispielsweise hat das Baskenland aus historisch gewachsenen Gründen das Recht, den Spitzensteuersatz anzuheben. Auch Katalonien wollte angesichts der öffentlichen Einsparungen nun über dieses Instrument verfügen. Zur selben Zeit befanden sich die Parteien in Katalonien in einer massiven Krise.

Wir sprechen darüber, dass Erinnerungspolitik für die baskische und katalanische Bürgerrechtsbewegungen, die in dieser Phase stärker nach links gerückt sind, einen hohen Stellenwert haben. Viele Leute, die Teil des zunehmenden Protests waren, politisierten sich erst im Zuge dieser und wurden mit der harten Repression des spanischen Staats konfrontiert. Der größte Teil der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung fordert heute, dass Katalonien ein völlig unabhängiger Staat innerhalb der europäischen Union wird. Ausschließlich die CUP (Candidatura d'Unitat Popular) als ganz kleiner Teil der Bewegung möchte Katalonien aus der EU lösen.

Gemeinsam besprechen wir Erwartungen und Fragen der Reisenden und verweisen auch auf die vielen Gelegenheiten zur Vertiefung der Diskussion in den nächsten Tagen.

Tag 1, Nachmittag, Stadtführung und Treffen mit CUP (Candidatura d'Unitat Popular)

Wir treffen uns vor dem Ateneo von CUP in Vilanova, eine Art Vereinshaus, das uns in unterschiedlichen Gemeinden in den nächsten Tagen noch mehrfach begegnen wird und mit seinem Namen auf die Arbeiter:innentreffpunkte um 1900 referiert. Die Begegnungsstätte, in der ein großer Tisch und eine Bar Platz finden und die mit



Fahnen, die für Unabhängigkeit, Sozialismus und Feminismus werben, geschmückt ist, wird durch kleine Mitgliedsbeiträge und viel aktive Mitgestaltung der Nutzer:innen gehalten. Was uns sofort auffällt: Das Ateneo ist viel gepflegter als wir es häufig von autonom verwalteten Räumen in Deutschland kennen. Häufig bieten solche Zentren auch Restaurantbetrieb an, teilweise gibt es ein paar Angestellte, die für den Verein oder in einer Genossenschaft dort arbeiten. Ein gewähltes Gremium organisiert das Tagesgeschäft und lädt regelmäßig zu Vollversammlungen des offiziellen Vereins ein.

Einige vornehmlich junge Aktivist:innen von CUP sind gekommen, um uns einige Infos zu ihrer politischen Praxis zu geben, bevor wir uns im Stadthaus auch mit linken Gemeinderät:innen unterhalten werden. Die Aktivist:innen erklären uns, dass Funktionsträger:innen von CUP nicht mehr als 1600 Euro ihres Verdienstes behalten dürfen, wenn sie Kinder haben steigt der Betrag

auf 1900 Euro. Entschädigungen der Gemeinderäte werden vollständig an das Kollektiv abgeführt. Wir merken an den Erzählungen und dem Eindruck vor Ort schnell, was prägend für die katalanische Linke ist: Die Übergänge zwischen Kultur und Politischem sind fließend, politische Orte sind – uns scheint, stärker als in Deutschland – auch wichtige soziale Gefüge.

Dieses Bild fanden wir im Ateneo
- hoch die internationale Solidarität!



Tag 1, Nachmittag, Stadthaus Vilanova, Treffen mit Gemeinderäten der CUP (Candidatura d'Unitat Popular)

Im eindrucksvollen Stadthaus unterhalten wir uns mit den drei Gemeinderät:innen von CUP über lokale Kandidaturen der außerparlamentarischen Linken. CUP-Vertreter:innen müssen außerhalb des Parlaments gut verankert sein, andernfalls wird ihre Mitarbeit im Parlament von der Organisation ausgeschlossen.



Eine wichtige Forderung der Gemeinderät:innen ist die Re-kommunalisierung privatisierter Daseinsvorsorge.

Gesetzlich ist diese Re-kommunalisierung schwer: Zwar wurden erste Teile rekommunalisiert, aber besonders wichtig erachtete Teile der Daseinsversorgung bleiben weiterhin in privater Hand. Der Ansatz, die Re-kommunalisierung in den Vordergrund zu stellen, machte gemeinsames breites Agieren und anschlussfähige Forderungen möglich.

In der Umsetzung sehen sich die CUP-Abgeordneten allerdings mit Problemen konfrontiert. Die Mehrheiten sind unsicher, manchmal sind zur Durchsetzung die Stimmen der Sozialdemokratie (hier PCC) nötig. Während die linke Liste vor sechs Jahren fast die stärkste Kraft im Regionalparlament war, verliert sie seitdem kontinuierlich an Stimmen.

Die momentan wichtigste Initiative ist in den Augen der Aktivist:innen der Kampf gegen Zwangsräumungen und für ein würdiges Wohnen. Außerdem berichten sie von einer für den 15. Oktober 2022 geplanten Demonstration von Rentner:innen, die für die Anhebung der Rente kämpfen, sowie den Versuchen, eine Gewerkschaft für häuslich Pflegende zu gründen.

Tag 1, Abend, Vilanova, Treffen mit Mieter:innengewerkschaft

Wir treffen uns mit Aktivist:innen der Mieter:innengewerkschaft, bei der auffällig viele Frauen organisiert sind.

Die Eigentumsquote, so lernen wir, liegt in Spanien mit 70% sehr hoch. Häufig sind Vermieter:innen Einzelpersonen, die nur wenige Wohnungen besitzen. Zunehmend treten aber auch Immobilienfonds oder große Eigentümer:innen auf. Seit dem Frühjahr 2022 sind die Mieten um 18% gestiegen. Ein Gesetz, dass diejenigen Mieten, die über einem bestimmten Index liegen, mindern soll, ist vor Kurzem beschlossen worden. Die Aktivist:innen gehen allerdings davon aus, dass das Gesetz versäumt, den elementaren Bedürfnissen der Mieter:innen und den zentralen Forderungen ihrer Gewerkschaft gerecht zu werden. Wichtigstes Ziel der Initiative ist ein Mietendeckel. Die besondere Präsenz von Frauen in diesem Politikfeld führen die Aktivist:innen auch auf deren besondere Betroffenheit zurück: Frauen leben besonders häufig in prekären Wohnverhältnissen. Ein Grund dafür, dass die Gewerkschaft sich auch als feministische Initiative begreift. Seit Anbeginn der Bewegung war die Mehrheit der Personen, die zu Vollversammlungen der Gewerkschaft oder zum Protest gegen Zwangsräumungen stießen, weiblich. Neben dem Feminismus ist auch der Antirassismus eine wichtige Achse ihres Aktivismus. Migrant:innen unterliegen auf dem Wohnungsmarkt einer besonderen Diskriminierung und werden häufig gezielt als Mieter:innen ausgeschlossen.

Tag 2, Vormittag, Barcelona, Òmnium



Bei unserem Besuch in der Kulturorganisation Òmnium Cultural, deren Vorsitzender Jordi Cuixart mehrere Jahre im Gefängnis saß, sprechen wir über die katalanische Unabhängigkeitsbewegung und die massive Repression, der Aktivist:innen in den letzten Jahren ausgesetzt waren.

Die NGO hat in Katalonien mit inzwischen über 190.000 Mitgliedern – Tendenz steigend – eine beachtliche Macht und wurde 1961, mitten in der Franco-Diktatur gegründet. Die Initiative machte sich um Ziel, Verfolgung und Zensur katalanischer Kultur zu bekämpfen, und musste von 1963 und 1967 klandestin von Paris aus arbeiten, weil sie vom spanischen Staat verboten wurde. Finanziert wird Òmnium zu 99% über private Beiträge, die 2018 ein Budget von über sieben Millionen Euro und die Beschäftigung von 90 Mitarbeiter:innen in 44 Regionalbüros ermöglichten. 1% der Finanzierung erfolgt über Einnahmen der öffentlichen Hand für Kulturprojekte. Heute ist die Organisation eine der wichtigsten zivilen Einrichtungen und bedeutend für die katalanische Sprach- und Kulturförderung. Òmnium bildet(e) Lehrkräfte für den Katalan-Unterricht aus und engagiert sich für Menschen- und Bürgerrechte, inzwischen auch auf internationaler Ebene. Die Relevanz der Kultureinrichtung stieg seit 2010 noch einmal massiv an: Gemeinsam mit der Assemblea Nacional Catalana (ANC) organisierte sie die großen Proteste für ein Recht auf die freie Entscheidung über die potentielle Unabhängigkeit Kataloniens im Rahmen eines Referendums.

In unserem Gespräch mit zwei Mitarbeitenden geht es vor allem um die kulturellen Aktivitäten und die gewaltige Repression, der Unabhängigkeitsaktivist:innen in den vergangenen Jahren gegenüberstanden. Der spanische Staat ging besonders hart gegen die katalanische Bevölkerung vor, die sich am 1. Oktober 2017 am Referendum beteiligte. Im Nachgang des Tages wurden zahlreiche Politiker:innen und Aktivist:innen angeklagt und verurteilt, teils zu hohen Gefängnisstrafen. Eine große Kampagne gegen diese Form der Repression der Unabhängigkeitsbewegung, die eine merkbar breite Unterstützung in der Bevölkerung hat (80 Prozent der Katalan:innen sind für ein Referendum über die Autonomie der Region), erarbeitete Òmnium um die Anklage von Jordi Cuixart. Der damalige Vorsitzende der Kultureinrichtung

wurde für seine friedliche Beteiligung an den Geschehnissen um das Referendum angeklagt, die Repression gegen ihn erfuhr internationales Aufsehen. Raul Zelik, damals im Parteivorstand von DIE LINKE, besuchte Cuixart – gemeinsam mit dem damaligen Parteivorsitzenden Bernd Riexinger – in Untersuchungshaft.

Die Mitarbeitenden von Òmnium berichten von Spionage innerhalb ihrer Jugendorganisation, dem Wunsch der Katalan:innen, progressivere – vom spanischen Staat bisher verhinderte – Politik zu machen, und der wichtigen kulturellen Bedeutung der katalanischen Sprache, die von einem Viertel der Spanier:innen gesprochen wird. Das so eindringlich geforderte Referendum, das bereits jetzt viele Opfer gefordert hat, sehen sie dabei nicht als alleiniges Heilsversprechen oder Endpunkt einer politischen Praxis, sondern als Teil eines weitergehenden, notwendigen Prozesses für die katalanische Bevölkerung.



Tag 2, Nachmittag, Barcelona, Intersindical – CSC

Den Nachmittag verbringen wir bei Intersindical (CSC), einer verhältnismäßig kleinen Gewerkschaft mit einem klassenkämpferischen Selbstverständnis. Die CSC existiert seit 1992 und hatte lange Zeit eine marginale Bedeutung. Erst seit 2017 gewinnt die heute 7.000 Mitglieder starke Organisation an Einfluss. Im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeitsbewegung konnte Intersindical, die für ihre klare Positionierung in dieser Frage und ihre Kritik an den ihrer Ansicht nach unzulänglichen Kompromissen der großen Gewerkschaften (etwa CCOO und UGT) bekannt ist, viele neue Mitglieder gewinnen. Die CSC ist aktiv in chemischen Betrieben, der Pharmazie, der Metall- und Automobilindustrie, im Bankensektor und Handel (letztere beiden sind sehr prekär) und in der öffentlichen Verwaltung. CSC in Katalonien inzwischen die stärkste Gewerkschaft.

Wir treffen uns mit dem Vorsitzenden von Intersindical und einem weiteren Mitarbeiter in ihren Gewerkschaftsräumen. Die beiden geben uns einen Überblick über den Arbeitsmarkt und die Situation der Beschäftigten und der Gewerkschaften, berichten über aktuelle Auseinandersetzungen und machen die wirklich bedeutenden Unterschiede zwischen dem spanischen und dem deutschen Gewerkschaftssystem deutlich.

In Spanien herrscht aktuell eine Arbeitslosigkeit von 12% – in Katalonien liegt sie bei 10%. 1,5-1,8 Millionen Menschen sind von Armut bedroht. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Katalonien ist sehr niedrig, ausschließlich 12% der „Arbeitsfähigen“ (arbeitend, arbeitssuchend, selbständig) sind organisiert, die Reallöhne steigen seit zwanzig Jahren nicht mehr. Die Wirtschaftskrise 2008/11, so wird uns erklärt, hat dazu geführt, dass der Wohlfahrtsstaat stark zurückgebaut wurde. Prekäre Beschäftigungen nahmen zu und es kam zu einem erheblichen Reallohnverlust. Seitdem sind die gesellschaftliche Verarmung und das individuelle Armutsrisiko deutlich gestiegen. Es herrscht eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit (hohe Sockelarbeitslosigkeit, die in Krisen Spitzen trägt), vor allem eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die im spanischen Staat bis zu 50% beträgt.

Arbeitsmigration erklären die beiden uns als für Spanien wichtiges Phänomen, das auch von der niedrigen Geburtenrate und der Abwanderung vieler gut ausgebildeter Leute nach Nordeuropa beeinflusst ist. Die Gewerkschafter berichten außerdem von den zahlreichen Arbeitsmarktreformen und bemängeln dabei vor allem die letzte dieser Reformen, die unter der Linksregierung beschlossen wurde. Es bestehe weiterhin die Möglichkeit, Beschäftigte anlass- und entschädigungslos zu kündigen, zudem sei die Möglichkeit der Kollektivverhandlung von Tarifverträgen geschwächt worden. Arbeitsmarktreformen der Konservativen gelten weiterhin und auch die Rentenreform unter der Linksregierung sei fatal, weil sie eine längere Lebensarbeitszeit und eine geringere Rentenhöhe zur Folge habe. CSC sieht es als wichtig an, dem vehementen Drängen auf eine höhere Lebensarbeitszeit zu widersprechen und der wiederholten Forderung nach Arbeitszeitverlängerung einen Diskurs über die geringe Steuerlast von Reichen entgegenzustellen. Letztlich müssten Löhne steigen, damit Renten hoch genug ausfallen. Heute liegt das Renteneintrittsalter in Spanien zwischen 65 und 67 und hängt vom Arbeitseintrittsalter ab.

Die Gewerkschafter berichten, dass sich die Lebensbedingungen angesichts der Inflation aktuell dramatisch verschlechtern würden. Während die Inflation bei 10,2/10,5% liege, seien nur Lohnerhöhungen von 2,5% errungen worden, was aus Sicht von Intersindical mit der Dysfunktionalität des Gewerkschaftsmodells zusammenhänge. Während früher 70% der Löhne an die Inflationsrate gekoppelt waren, trifft dies heute nur noch auf 20% zu. Der Mindestlohn in Spanien beträgt 1000 Euro. Weil die Lebenshaltungskosten in Katalonien deutlich höher sind, fordert die CSC hier einen Mindestlohn von 1400 Euro.

Weiter sprechen die beiden über die spanische Gewerkschaftsstruktur und -politik: Vorherrschend sei in Katalonien und Spanien das Motiv des Dialogs und der Sozialpartnerschaft. Diese Mittel hätten sich allerdings erschöpft und seien nicht dazu geeignet gewesen, Verschlechterungen zu verhindern. Deshalb verfolgt Intersindical eine konfliktivere Politik, die in den Regionen wirkt, sich von geheimen Absprachen distanziert und auf



Mobilisierung und Konfrontation setzt. Es ginge, so die beiden Funktionäre, darum, in jedem Unternehmen durch Konflikte Verbesserungen anzustoßen – auch dort, wo Arbeits- und Lohnbedingungen relativ okay sind –, um so eine progressivere Stimmung zu ermöglichen und aus der Defensive zu gelangen. Ihrer Meinung nach sei es die Folge von Sozialpartnerschaft, dass Gewerkschaften in den Augen vieler Beschäftigter ihren Nutzen verloren haben.

Gewerkschaften sind in Spanien nicht branchenmäßig organisiert, sondern Strömungsgewerkschaften, wobei sozialpartnerschaftliche Gewerkschaften den größten Einfluss haben und eine christdemokratisch geprägte Gewerkschaft ebenfalls einflussreich ist. CSC stellen gemeinsam mit der CGT – einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft – etwa 1500 Betriebsrät:innen.

Nach Einschätzung von Intersindical schwächt es die Gewerkschaften sehr, dass es lange kaum Branchentarifverträge und fast nur Haustarifverträge geben konnte. Unter der Mitte-Linksregierung wurde dies etwas gelockert. Allerdings braucht die jeweilige Gewerkschaft 10% der Beschäftigten der jeweiligen nationalen Branche, um grundsätzliche Tarifverträge abzuschließen. Ein Umstand, der das Unterfangen noch immer unrealistisch erscheinen lässt.

Wir erhalten Berichte über interessante und recht starke regional gebundene und branchenweite Metall- und Pflegestreiks im Baskenland. Teils gibt es Tarifverträge der Provinzen. Wenn diese aber wegfallen, fallen die Beschäftigten auf das Niveau der

Staatstarifverträge zurück, die sehr viel geringer ausfallen (Beispiel Baskenland: Provinz 1300, im Staat 700). Intersindical sieht das Baskenland im Hinblick auf die gewerkschaftliche Situation als Vorbild; dort sind die nicht-sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften einflussreicher. In Katalonien ist die gewerkschaftliche Organisation, wenn überhaupt, in kleinen und mittleren Unternehmen und im öffentlichen Sektor stärker. Obwohl Intersindical trotz Mitgliederzuwachs eine kleine Gewerkschaft bleibt, hat sie in den letzten drei Jahren zu drei Generalstreiks aufgerufen, die im Zusammenhang mit der Unabhängigkeitsbewegung große Aufmerksamkeit erhalten haben. Die CSC verfügt nicht über eine Streikkasse, sodass Streiks zwangsläufig zu Lohnausfall führen. Als Teil der World Federation of Trade Unions steht sie vor allem mit Gewerkschaften aus Afrika, Südamerika, Griechenland und Italien im Austausch. Sie verfügt über etwa 70 Hauptamtliche, wobei 13 bei der Gewerkschaft selbst angestellt und die anderen über die Betriebe freigestellt sind. Die Nationalitätenfrage spielt für ihr Agieren eine wichtige Rolle: Sie sind überzeugt, dass die Unabhängigkeit viele Möglichkeiten – auch des Arbeitskampfes – eröffnet und sehen ihre deutliche Positionierung für die Unabhängigkeit auch als Grund für ihren Mitgliederzuwachs an. Ein großer Erfolg gewerkschaftlicher Bewegung ist der 2022 eingeführte Menstruationsurlaub.



Tag 2, Barcelona, früher Abend, Treffen mit der Mieterbewegung Sindicat de Llogater

Nach dem intensiven Austausch und einer kurzen Pause machen wir uns auf zum Treffen mit Sindicat de Llogater, einer Mieterbewegung. Die Aktivistinnen, die uns in ihr Büro im Zentrum Barcelonas eingeladen haben, erzählen uns von ihrer Arbeit und dem Aufbau ihrer Organisation. Sie verstehen sich nicht als Agentur, die Service-Leistungen anbietet, obwohl das Erstreiten konkreter Verbesserungen Teil ihrer Agenda ist. Vielmehr möchten sie Betroffene politisch und mit Blick auf die allgemeinen Zustände und die Grundsätzlichkeit des Problems des Wohnungsmarkts organisieren.

Die Treffen von Sindicat de Llogater sind offen für alle und ermöglichen einen Austausch und gegenseitige Beratung über die individuellen Situationen der Betroffenen.

Auch in dieser Mieter:inneninitiative treffen wir erneut ausschließlich weibliche Aktivistinnen. Dass sie Organisation vor Ort gut verankert ist, merken wir unter anderem daran, dass während unseres Austausches zahlreiche Besucher:innen das Büro aufsuchen.

Wir fragen die Aktivistinnen auch nach ihrer Einschätzung zur Politik der Stadtregierung. Die Bürgermeisterin Barcelonas, Ada Colau, ist selbst ehemalige Aktivistin der Mieter:innenbewegung. Das Urteil der Frauen von Sindicat de Llogater fällt positiv aus.



Tag 3, Vormittag, Sitges, Treffen mit der linken Stadtregierung

Am dritten Tag unserer Reise beschäftigen wir uns mit Munizipalismus und Lokalpolitik in Sitges und Sant Pere de Ribes, zwei kleinere Orte etwa 40 km südlich von Barcelona.

Wir treffen uns an einem kleinen Café des 30.000 Einwohner:innen-Strandorts Sitges mit Aktivist:innen von CUP Vilanova, die wir am Montag kennengelernt haben, und besuchen mit ihnen die linke Regierung im Stadthaus.

Sie bildet sich aus einem Zusammenschluss offener Kandidaturen von Personen von fünf Parteien. Dass die linke Regierung zustande kam, ist auch deshalb interessant, weil die Stadtstruktur eigentlich keine gute Basis für linke Politik bildet. Die Gemeinde ist ein Tourismus-Hotspot, ein Umstand, der die Lebensqualität für die dauerhaften Bewohner:innen häufig stark beeinträchtigt. Tatsächlich haben



Wir treffen uns in einem sehr repräsentativen Saal im Stadthaus von Sitges, In der Mitte ein Foto des linken Bürgermeisters.

rechte Politiker:innen in Sitges lange Zeit einen Fokus auf die Förderung von Tourismus und Immobiliengeschäften gelegt. Bei der Wahl 2015 traten diejenigen Parteien, die für die Unabhängigkeit Kataloniens standen, gemeinsam an. Teilweise standen Linke hier auch in einer recht guten Zusammenarbeit mit konservativen und bürgerlichen Kräften, die sich nach Einschätzung unserer Gesprächspartner:innen deutlich klarer vom Faschismus abgegrenzt haben, als es sich teilweise für die spanische Sozialdemokratie sagen lässt. Weil soziale Fragen drängender wurden, konzentrierten Linke sich dann darauf, Wohnungspolitik als zentrales Feld der Auseinandersetzung zu besetzen. Im eigentlich bürgerlich geprägten Sitges hatte Wohnungspolitik zuvor lange Zeit politisch keine bedeutende Rolle gespielt, Baubestand wurde häufig in Ferienwohnung umgewidmet.

Ein neues Projekt soll auf einem Gelände in städtischer Hand nun etwa 175 Sozialwohnungen errichten lassen, deren Mieten rund 50% unter denen im Ort üblichen liegen sollen. 10% der geplanten Wohnungen sind dabei für Familien mit besonders geringem Einkommen reserviert. Das Interessante daran ist, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt sowohl der Bau als auch die Vermietung der Wohnungen von Stiftungen nach dem Prinzip einer gemeinwohlorientierten Ökonomie verwaltet werden. Dadurch soll sozialer Wohnungsbau nachhaltig gefördert und verhindert werden, dass ursprünglich als sozialer Wohnungsbau geförderter Wohnraum wieder aus der Mietpreisbindung fällt.

Zwar scheinen die Verwaltungen in Katalonien progressiver zu sein als in Deutschland, weshalb die Koalition nicht anhaltend damit beschäftigt ist, gegen die Verwaltung selbst zu kämpfen, ihre Strukturen und Abläufe können dabei dennoch hinderlich sein.

Generell führen wir ein interessantes Gespräch darüber, wie sich für die Linksregierung die Spannung zwischen dem Anspruch revolutionärer Politik und der täglichen Verwaltungsarbeit gestaltet und welche Möglichkeiten es aus ihrer Sicht gibt, mit diesem Spannungsverhältnis umzugehen. Wichtig sei hier auch eine Kommunikation, die die Balance findet, transparent und ungeschönt über Hürden für die Umsetzung eigener Forderungen zu sprechen, wie es Verwaltungsstrukturen, andere rechtliche Zuständigkeitsbereiche oder Ohnmacht gegenüber starken Wirtschaftsmächten sein können, und eine ehrliche Kritik des eigenen Regierungshandelns auszusprechen, ohne dabei Fatalismus zu verbreiten oder die durchaus möglichen Errungenschaften schlecht zu reden.

Außerdem tauschen wir uns über Umweltpolitik aus: Linke möchten die Strände als öffentliche Güter verteidigen, dagegen gibt es viel Widerstand, zum Beispiel von Strandkneipen. Früher wurde im Namen des Tourismus viel Sand aus dem Meer gebuddelt, um möglichst repräsentative Strände für den Ferienort herzustellen, dies hat die linke Regierung aus ökologischen Gründen inzwischen verboten. Der Tourismus ist natürlich auch für die



Beschäftigungslage der Bevölkerung relevant. Die Anstellung in touristischen Bereichen ist meist sehr prekär, häufig kommen die Angestellten gar nicht aus Sitges. Die linke Stadtregierung hat einen Beschwerdebriefkasten für Arbeiter:innen eingerichtet, die ohne Vertrag oder unter dem Mindestlohn beschäftigt werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ihrer Politik ist die Bürger:innenpartizipation. Teilweise haben sie offene Versammlungen für Abstimmungen abgehalten, auf denen sich Vertreter:innen haben mandattieren lassen. Die Pandemie habe hier allerdings einen Einschnitt bedeutet, bisher kommen kaum wieder Menschen zu den Versammlungen. Diesen Umstand sprechen sie als bedeutend für ein kritisches Hinterfragen ihrer Arbeit an.

Ziel der Regierung ist es ebenfalls, mittels einer Kampagne die Wiederaufnahme einer Notaufnahme im Ort zu erreichen.

CUP lässt ihre Vertreter:innen maximal für zwei Amtszeiten (acht Jahre) zu, danach müssen andere Genoss:innen die Arbeit übernehmen.

Auch Sitges hat natürlich ein Ateneo, das wir zu dieser Uhrzeit nur von außen bewundern können. Bevor wir am Nachmittag nach Sant Pere de Ribes weiterreisen, verbringen wir unsere Mittagspause am Strand.



Tag 3, Nachmittag, Sant Pere de Ribes, Besuch des soziokulturellen Zentrums

Mit dem Bus fahren wir nach Sant Pere de Ribes, wo wir Aktivist:innen der UM9-CUP treffen. Sie sind in dem Ort mit vier Personen im Parlament vertreten. Als basisorientierte kommunale Organisation hat municipal unione 9 ihre Ursprünge im antifranchistischen Widerstand. Einige, aber nicht alle Mitglieder der Stadtrats-Liste sind Mitglieder bei CUP. Eine Zeit lang haben sie sogar den Bürgermeister des Ortes gestellt, teilweise mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der KP. Derzeit ist die Liste die zweitstärkste Kraft im Kommunalparlament.

Den Aktivist:innen ist es wichtig, sich aus der Kommune heraus als treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit und nationale Befreiung einzusetzen und dabei auf offene Beteiligungsmöglichkeiten zu setzen. In den Berichten der Aktivist:innen über ihren politischen Kampf für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, die Wiederherstellung eigenständiger katalanischer Rechte, die Macht von Arbeiter:innen und die Amnestie für politische Gefangene und die Einordnung ihrer Ratsarbeit, in der sie das Rathaus zu einem offenen Ort der Beteiligung gemacht haben und wieder machen wollen, lässt sich erkennen, wie tief die Aktivist:innen von UM9-CUP an ihrem Wohnort verankert sind und wie wichtig hierfür auch kulturelle Aktivitäten und die Beteiligung an konkreten sozialen Auseinandersetzungen sind.

Unserer Besuchergruppe wird außerdem die wirklich ansprechend gestaltete Zeitschrift der Gruppe vorgestellt, die in der Auseinandersetzung um die Frage, wie linke Gegenmacht entstehen kann, wenn Medien nicht auf der eigenen Seite stehen, entwickelt wurde. Die Zeitschrift wird ausschließlich durch ihre circa 500 Abonnent:innen finanziert und erscheint sechs Mal jährlich.



Gemeinsam gehen wir in das Kulturzentrum GER, das bereits seit 50 Jahren besteht und von beeindruckender Größe ist. Die Fenster im Erdgeschoss des Hauses sind weit geöffnet, drinnen gibt es Bar- und Restaurantbetrieb, eine Gruppe Frauen hat sich zum Stricken verabredet, Kinder laufen durch das Haus, Personen unterschiedlichsten Alters halten sich in dem mehrstöckigen, vielfältig nutzbaren Gebäude auf, in dem wir nach der Überquerung des Innenhofs mit Cafébestuhlung sogar auf ein Theater stoßen. Ungefähr 1000 Personen – in einem Ort mit gerade einmal 30.000 Einwohner:innen eine besonders hohe Zahl – tragen das als Genossenschaft organisierte Zentrum.



Wir bestaunen die Seminar-, Kino- und Versammlungsräume des Hauses und sprechen mit Organisator:innen darüber, wie mit viel Eigenbeteiligung an diesem wertvollen gemeinsamen Raum ein so großes Projekt getragen werden kann, das nicht nur Platz für sportliche und kulturelle Beteiligung, sondern auch für politische Veranstaltungen bietet.



Tag 4, Vormittag, Barcelona, Stadtrundgang in Sants

Den nächsten Tag verbringen wir wieder in Barcelona, in Sants, einem Viertel im Stadtzentrum. Sants lag bis zu seiner Eingemeindung Ende des 19. Jahrhunderts vor den Toren der Stadt und war eines der Zentren der textilverarbeitenden Industrie in Katalonien. Fabriken mit daneben liegenden Wohnungen für Arbeiter:innen prägten das Bild des Stadtteils, der heute sehr lebendig ist und noch immer eine eigene Identität hat.³

Wir treffen uns in Sants mit unserem Stadtführer Marc, der uns eine hervorragende Einführung in die Geschichte und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung speziell auch in diesem Stadtteil gibt.

In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelte sich in Barcelona ein Klima des sozialen und kulturellen Experimentierens. Vor allem in der jungen Generation entstand eine die Bevölkerung mobilisierende Aufbruchsstimmung für eine neue Genossenschaftsbewegung. Deren Selbstverständnis leitet sich bis heute auch historisch her. Die bedeutenden Arbeiter:innenkämpfe im 19. Jh. – hier im Stadtteil Sants vor allem in der Textilindustrie – und die revolutionären Umbrüche und Modelle der Republik ab 1936 stellen einen wesentlichen Bezugsrahmen zu den heutigen Projekten in Sants dar.

Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass es hier nicht nur um politische und kulturelle Alternativen geht. Diese sind natürlich keineswegs zu vernachlässigen. Aber das Besondere der neuen Stadtteilbewegungen ist, dass sie auch systematisch an funktionierenden ökonomischen Modellen – als Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise – arbeiten.

Marc erklärt:

Es geht nicht nur darum, die persönlichen Bedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen, sondern auch die kollektiven Bedürfnisse des Gebiets zu erfüllen. Wir sind eine Genossenschaft in Sants, ein territoriales Projekt zur Veränderung und Umgestaltung dieses Viertels auf solidarische Weise, als Alternative zum Kapitalismus. In diesem Sinne starteten wir 2010 ein Projekt mit dem Titel „Kooperative Nachbarschaft“. Zunächst müssen wir uns fragen: Was sind die Bedürfnisse der Bevölkerung – wie viele Kilo Brot, Kartoffeln, Nektarinen... braucht dieses Viertel? Um dann die Produktion von Mehl zu organisieren... Die Genossenschaft ist nicht nur eine Lösung für eine kleine Gruppe von Menschen, sondern für alle Menschen in einem Gebiet.



Links unser Stadtführer Marc, daneben der permanent dolmetschende Raul Zelik



³ Der Bericht zu diesem Teil stammt fast vollständig von unseren Mitreisenden Uli und Hans: <https://blog.sumaro.net/katalonien-herbst-2022>. Danke!

Diese Form von Genossenschaftsbewegung als Gemeinwohlökonomie geht von gemeinsamen vorrangigen Bedürfnissen im Stadtteil aus, und baut auf solidarisch ausgehandelte Lösungen zur Befriedigung dieser Bedürfnisse der Nachbarschaft. Im Mittelpunkt stehen also nicht (nur) die individuellen Bedürfnisse einzelner Genossenschaftler:innen, sondern die der gesamten Bevölkerung im Stadtteil.

Finanziell gefördert wurde dies ab 2010 von der Conföderation der (landwirtschaftlichen und industriellen) Arbeitsgenossenschaften.

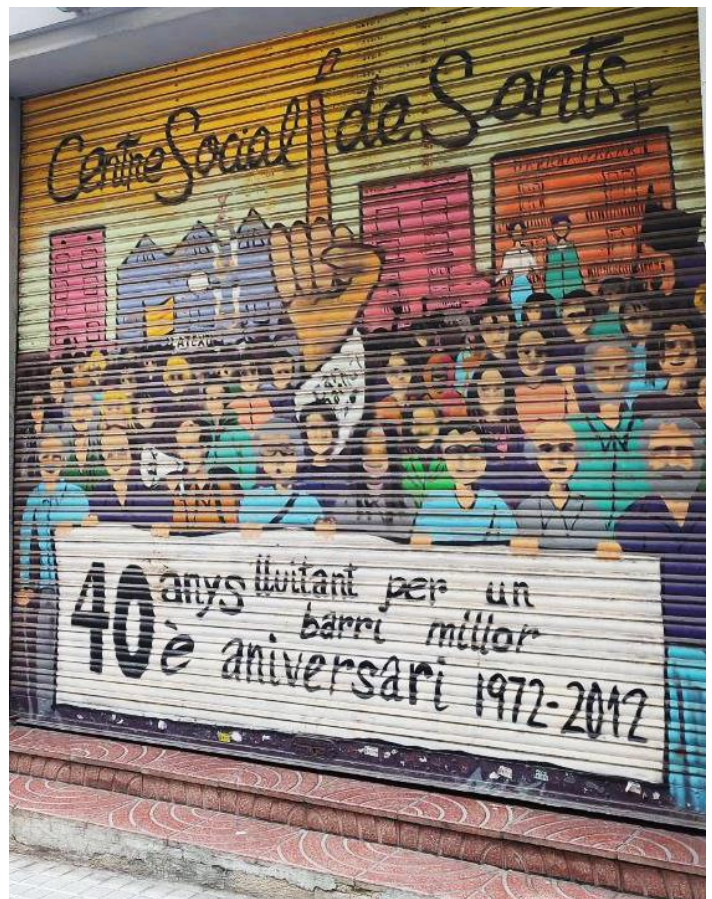
Diese neue Genossenschaftsbewegung ging in diesem Sinne folgendermaßen vor:

1. Sie wollte zunächst das, was es an alternativer Ökonomie damals schon gab, sichtbar machen.
2. Gleichmaßen sollten natürlich auch Neugründungen angeschoben werden.
3. Von Anfang an lag der Fokus aber auch darauf, all das miteinander zu verbinden und ein gut vernetztes und gemeinsam organisiertes System von ökonomischen Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise in die Diskussion zu bringen. Es sollte gewissermaßen – ausgehend von den vorrangigen Bedürfnissen des Stadtteils – so etwas wie ein sozialer Markt aufgebaut werden. In den jeweiligen Produktions- oder Verkaufsstätten wurde z.B. gezielt bei beteiligten Genossenschaften im Stadtteil eingekauft. So konnten (und können) sich die Arbeitsgenossenschaften gegenseitig unterstützen und dadurch auch einen eigenen Güterkreislauf herstellen, in dem alle Beteiligten von der Wertschöpfung profitieren.

Die Gründung von Arbeitsgenossenschaften war auch wichtig, um die schon existierenden Modelle von Wohnungs- und Finanzgenossenschaften sinnvoll im Sinne einer funktionierenden, von den Bedürfnissen der Bevölkerung im Stadtteil ausgehenden Kreislaufwirtschaft zu ergänzen. Historisch gibt es in Katalonien eine bedeutende Tradition dieser Arbeitsgenossenschaften, die vom Politikansatz her weit über das genossenschaftliche Prinzip, das in Deutschland vorherrscht, hinausgehen.

Die Wohnungs- und Finanzgenossenschaften waren und sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien das am weitesten verbreitete Phänomen. Sie funktionieren nach dem genossenschaftlichen Prinzip, nach dem Einzelpersonen Eigentumsanteile erwerben und so ihre individuelle Lage verbessern können.

Demgegenüber geht es im vorliegenden revolutionären Konzept in Barcelona Sants darum, erstmal die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung im Stadtteil beteiligungsorientiert zu ermitteln. Also zum Beispiel, wie oben beschrieben, ausgehend vom konkreten Bedarf der Bevölkerung eine eigene Bäckerei-Kooperative aufzubauen und das Brot dann gezielt in der Qualität und Menge zu backen, in der es der Stadtteil braucht. Und die „Rohstoffe“ dafür von Kooperativen zu beziehen, die dadurch als Zulieferer und Konsument:innen Teil des ökonomischen Kreislaufs werden.



Als historisches Vorbild dafür fungiert die katalanische Revolution ab Beginn des Bürgerkriegs, der nach dem Putsch Francos 1936 begann. Nach dem Überfall Francos auf die junge Republik schlossen sich in Barcelona alle Arbeitsgenossenschaften zusammen und gingen genau nach dem eben beschriebenen Prinzip vor. Man gründete einen großen Genossenschaftsverband, um alle Ressourcen und die Produktion entsprechend der vorrangigen Bedürfnisse koordinieren zu können. Und es funktionierte gut. Es gab also ab 1936 nicht nur eine Einheitsgewerkschaft, sondern auch eine Einheitsgenossenschaft, die die Produktion und Distribution bedürfnisorientiert organisierte.

Kritik am „klassischen“ Genossenschaftsprinzip

Von gewerkschaftlicher Seite aus wurde und wird das Genossenschaftswesen immer wieder auch als individualistische Aktionsform kritisiert, als „Schlafmittel“ für die Arbeiterbewegung. Die Arbeitenden würden hier nicht gemeinsam Lohnkämpfe ausfechten, sondern sich vielmehr nur in kleinen Gruppen zusammenschließen. So könnten sie u.a. durch gemeinsamen Einkauf etc. günstiger produzieren und dadurch gewissermaßen Sonderlösungen für eine kleine Gruppe von Genossenschaftler:innen schaffen, ohne an der Situation insgesamt etwas zu verändern.

España Industrial

Das alles erfahren wir von unserem Guide, als wir uns mit ihm im Parque de la España Industrial treffen. Dieser Name geht zurück auf die ehemalige Fabrik, die früher an dieser Stelle stand.

Anhand der Geschichte dieser Fabrik erfahren wir auch, dass der Reichtum der Stadt auf der Ausbeutung der spanischen Kolonien und auch auf Sklavenhandel beruhte und von den Kämpfen der Arbeiter:innen gegen die Arbeitsbedingungen und ihre ersten gewerkschaftlichen Organisationsanstrengungen. Dieser Widerstand setzt sich bis heute fort im Kampf der Bevölkerung von Sants, als nach der Schließung der Fabrik im Jahr 1981 das Gelände an Investoren veräußert werden sollte und die Menschen von Sants durchsetzten, dass daraus stattdessen ein öffentlicher Park wurde.



Wir laufen weiter durch den Stadtteil und machen an zahlreichen Gebäuden halt, anhand derer Marc uns die vielfältigen Formen der Selbstorganisation im Stadtteil erläutert. Schließlich landen wir im Can Battlò.

Can Battlò

Das Can Battlò (nicht zu verwechseln mit dem Casa Battlò, beide gehörten einst derselben Familie) ist eine weitere ehemalige Industriebrache im Herzen von Sants, die 2011 von den Basisbewegungen besetzt und in einen alternativen Raum verwandelt wurde.

So beschreibt es sich selbst:

Das selbstverwaltete Gemeinschafts- und Nachbarschaftszentrum von Can Battlò ist eine soziale und kulturelle Einrichtung, die sich in verschiedenen Gebäuden in der alten Textilfabrik

von Can Batlló im Quartier Bordeta befindet. Insgesamt sind es vom Stadtrat überlassene Gebäude mit einer Gesamtfläche von 13.000 m².

Dank des kämpferischen Engagements vieler Menschen und des Zusammenhalts im Quartier hat es seine eigene Erfahrung in der Verwaltung eines als „städtisches Gemeingut“ verstandenen Raums aufgebaut, der Hunderte von Gemeinschafts-initiativen beherbergt und praktisch dazu beigetragen hat, zu erleben, wie Stadtplanung von unten möglich, transformativ und populär zu machen ist.



Das Projekt ist immer noch im Wachsen und wir können uns nur einen kleinen Eindruck von den zahlreichen Aktivitäten verschaffen, zu denen neben selbstverwalteten Betrieben, Kultur- und Bildungseinrichtungen auch ein Bauprojekt genossenschaftlicher Sozialwohnungen zählt.

Tag 4, Nachmittag, Barcelona, Treffen mit dem Schriftsteller David Fernández

Unser nächstes Treffen beginnt mit einem Literaturtipp. Wir sollen dringend die Werke der feministischen Science Fiction-Autorin Ursula K. Le Guin lesen, hält uns David an, der seiner Euphorie für die Le Guin mit seinem Shirt Nachdruck verleiht.



David Fernández ist Schriftsteller und saß von 2012 bis 2015 für die CUP im katalanischen Parlament. Mit ihm sprechen wir über die letzten zehn Jahre der Auseinandersetzungen zwischen der Unabhängigkeitsbewegung und dem spanischen Staat. Seit einer Weile, so erklärt uns David, befänden sich die sozialen Bewegungen in einem Tief, viele ihrer Forderungen seien eher versandet und überhaupt: Er zählt zu denjenigen, die konstatieren, dass sich trotz der zwischenzeitlich so aktiven Bewegung eigentlich kaum etwas im spanischen Staat bewegt habe. Auch, wenn die Platzbesetzungen teils euphorisierend gewirkt haben mögen, sei nicht viel durch sie erstritten worden. Man fände sich in einer paradoxen Situation wieder, die von Repressionen geprägt ist, gleichzeitig würde so getan, als sei eine fortschrittliche Regierung am Werk. Dabei gäbe es überhaupt keine Anzeichen dafür, dass ein Referendum oder eine „Befragung der Bevölkerung“ vorbereitet werde. Die Unabhängigkeitsbewegung sei zudem sehr zerstritten: Der eine Teil setze auf den Dialog mit Madrid, der andere auf den Konflikt. David bemängelt außerdem, dass die Parteipolitik oftmals präsenter sei als die Inhalte. Er nennt Beispiele der Repression für politische Aktivist:innen: Zwei Abgeordnete der D*CUP sind zu

einer Sperre für politische Ämter verurteilt worden, weil sie in einem Verfahren, in dem eine rechtsextreme Partei als Nebenklägerin auftrat, eine Aussage verweigert haben. Diejenigen, die 2017 die Urnen für das Referendum organisiert haben, sind angeklagt worden. Ihnen drohen bis zu neun Jahren Haft.

Wir sprechen mit David auch über die internationale Perspektive der Unabhängigkeitsbewegung. Nachdem am 1. Oktober 2017 das Referendum stattgefunden hatte, folgte zwei Tage später ein Generalstreik. Jean-Claude Juncker, damals Präsident der Europäischen Kommission, hatte rasch erklärt, mit der Europäischen Kommission eine vermittelnde Rolle einnehmen zu können, wurde letztlich aber auch gebremst. Auf die Frage hin, wie europäische Linksparteien helfen könnten, die Repression des spanischen Staates zu verhindern, und ob sie sich für eine selbstbestimmte Lösung in Katalonien einsetzen, erklärt David, dass Positionierungen der Europäischen Linkspartei(en) häufig ausbleiben. Auch, weil die spanische Linke, Izquierda Unida, Lobbyarbeit gemacht hat, um Positionierungen in dieser Frage zu verhindern.

David skizziert: Seit 2006 verstärkte sich eine territoriale Krise, seit 2011 sei eine soziale Krise hinzugekommen, die zu einer Regierungskrise führte, die bis heute nicht gelöst sei. Für die nächste Zeit sieht er drei mögliche Szenarien: Podemos könnte in einer Koalition weiter regieren. In den aktuellen Umfragen sehe es aber so aus, als könnten zukünftig PP und Rechtsradikale eine Mehrheit finden. Unternehmensverbände übten allerdings Druck aus, um eine gemeinsame Regierung von Konservativen und PSOE zu ermöglichen. Für die katalanische Unabhängigkeitsbewegung habe es in den letzten Jahren keinen großen Unterschied gemacht, wer in Madrid regiert. Hinderlich sei, dass die Bewegung von der spanischen Linken keine Unterstützung erfahre und ein großer Teil von Podemos eher die repressive als die selbstbestimmte Politik unterstütze.

Was Erfolge und die Handlungsfähigkeit der katalanischen Linken angeht, zeigt David sich immer wieder verhalten und kritisch: *Wir sind heute da, wo der spanische Staat uns haben will: Wir erledigen uns gegenseitig.* Die Linke in Katalonien vertrete in der Frage der Unabhängigkeit keine gemeinsame Linie und könne so auch nicht konsequent genug handeln.

Die Rolle der Rechtsradikalen in der Unabhängigkeitsbewegung schätzt er nicht als gefährlich ein, dennoch müsse man aufpassen, dass dieser Teil nicht zu mächtig wird. Gerade weil Migration für die katalanische Geschichte zentral war, sei es wichtig, den Kampf um Selbstbestimmung der Katalan:innen auch als antirassistischen Kampf zu führen. Eine Millionen der insgesamt 7,7 Millionen Einwohner:innen Kataloniens seien erst seit 2000 eingewandert, insgesamt würden hier über 300 Sprachen gesprochen. Auch deshalb sei die katalanische Frage keine identitäre Frage, vielmehr sei es nötig, dass auch die 800.000 Menschen in Katalonien, die bisher nicht an politischen Abstimmungen teilnehmen dürfen, vollständige Bürger:innenrechte erhalten. Aktuell seien von 9.000 Gemeinderäten in Katalonien nur vier Nazis. In diesem Zuge räumt David auch mit dem Vorwurf auf, Katalonien würde sich als reiche Region vom armen Spanien lösen wollen. Katalonien sei eine der ungleichsten Regionen Spaniens. Zwar liege die Region in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt auf Platz 58, diese Kategorie sei aber letztlich wenig aussagekräftig. Auf der Skala für sozialen Fortschritt läge Katalonien allerdings nur auf Platz 116. Gemeinsamer Bezugspunkt der Katalan:innen sei der Kampf gegen den Franquismus. Warum es Davids Meinung nach die Unabhängigkeit vom spanischen Staat brauche, macht er noch einmal deutlich: Über 40 fortschrittliche, in Katalonien beschlossene Gesetze seien seit 2013/14 vom spanischen Staat einkassiert worden. 75 % der katalanischen Bevölkerung verstünden sich als links oder mitte-links, das Baskenland und Katalonien seien die Regionen in Spanien, in denen es die Rechte am schwersten habe. Unabhängigkeitsforderungen müssten mit sozialen Forderungen verbunden werden. David berichtet von einem gesellschaftlichen Abkommen, dass in den folgenden Tagen vorgestellt werden soll und für politische Amnestie und ein Selbstbestimmungsrecht eintrete. Diese Forderungen würden von 80% der Katalan:innen befürwortet. Den Aspekten Amnestie und Selbstbestimmung fügt David noch die aus seiner Sicht zentralen Forderungen nach

Antifaschismus und einer ökologischen Wende hinzu. Auf dieser Grundlage müssten Linke sich zusammenfinden. Eine materielle Grundlage für eine solche gesellschaftliche Plattform und Bewegung sieht er u.a. durch die zahlreichen, tief verankerten Nachbarschaftsvereine eigentlich gegeben. Bei aller Nüchternheit in der Beurteilung der Durchschlagkraft der linken Unabhängigkeitsbewegung unterstreicht er auch die Bedeutung des Umstands, dass 43% der katalanischen Bevölkerung sich trotz Verbot und körperlicher Gewalt dazu entschieden haben, an dem Referendum teilzunehmen. Die Urnen, die hier zum Einsatz kamen, sie seien noch immer da und würden auch wieder aufgebaut werden – so viel Optimismus wagt er.

Tag 5, Barcelona, Biblioteca de Ca la Dona, Treffen mit Organisatorinnen des feministischen Streiks

Nachdem wir die letzten Tage am Vormittag in einem Café nahe des Hotels ausgewertet haben, machen wir uns ein letztes Mal gemeinsam auf nach Barcelona, um uns einem wichtigen Teil der gesellschaftlichen Selbstorganisation zu widmen. Wir treffen Organisatorinnen der feministischen Streiks, die – für deutsche Verhältnisse – in den letzten Jahren eine unglaublich beachtliche Reichweite hatten. Mitten in der Innenstadt Barcelonas liegt die Biblioteca de Ca la Dona, ein schönes altes Gebäude mit sehr hohen Decken, das vor wenigen Jahren saniert wurde und als Ort selbst schon eine wichtige Errungenschaft der feministischen Bewegung ist. Ca la Dona ist ein lebendiger Begegnungs- und Beziehungsraum, offen für Partizipation und Vorschläge des gesamten feministischen Spektrums. Es ist ein Raum, in dem politische Erfahrungen, Reflexion und Produktion kritischen Denkens mit dem Wunsch zusammenkommen, Austausch, Diskussionen und Aktivismus aus feministischer Perspektive in Bezug auf den politischen und sozialen Kontext, in dem wir leben, zu teilen.

Als die Aktivist:innen für den 8. März 2018 zu einem Streik an vier Fronten – Arbeit, Studium, Pflege und Konsum – aufriefen, demonstrierten in über 60 Städten über sechs Millionen Menschen, der Streik fand weltweite Beachtung. Die Aktionen setzten sich fort und wiederholten sich, wurden durch die Pandemie allerdings stark beeinträchtigt. Die Gespräche mit den Frauen sind beeindruckend und machen angesichts der massiven Mobilisierungen Hoffnung. Wenn sie über die Tage im März 2018 sprechen, sind sie noch immer sichtlich berührt.

